

## Europa bauen, den Wandel gestalten

Globalisierung – Konsequenzen  
für die deutsche Politik in  
internationalen Organisationen

Klaus Töpfer

Einführung: Heiner Gutberlet

## Europa bauen, den Wandel gestalten

Europa steht im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts vor vielfältigen Herausforderungen. Die Europäische Union wird erweitert. Die transatlantische Partnerschaft mit den Vereinten Staaten bleibt die friedenssichernde und friedenserhaltende Grundlage ihrer weiteren Entwicklung.

Den Wandel gestalten – dies stellt zugleich unser Land vor zahlreiche neue Aufgaben und erinnert an bisher noch Unerledigtes. Deshalb werden in der Reihe „Europa bauen, den Wandel gestalten“, mit der die Robert Bosch Stiftung ihre Stiftungsvorträge weiterführt, Persönlichkeiten aus Kultur, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus dem In- und Ausland zu Wort kommen.

Professor Dr. Klaus Töpfer, Exekutivdirektor des Umweltprogramms und stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen, eröffnete die neue Vortragsreihe am 17. Juli 2001 im Haus der Wirtschaft in Stuttgart mit dem Thema „Globalisierung – Konsequenzen für die deutsche Politik in internationalen Organisationen“. Eindringlich und engagiert stellte Töpfer klar: „Es ist eine Notwendigkeit, zukünftiges Wachstum, das die Entwicklungsländer brauchen, um Armut zu überwinden, so zu ermöglichen, daß daraus keine Dauerbelastung für die Umwelt wird.“

Dr. Heiner Gutberlet, Vorsitzender des Kuratoriums der Robert Bosch Stiftung, stellte in seiner Einführung fest, zur Bestimmung des europäischen Standortes sei es auch notwendig, den neugierigen Dialog mit den Staaten und den Wertordnungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu pflegen und zu intensivieren.

**Heiner Gutberlet**

### **Einführung**

Im Namen der Robert Bosch Stiftung begrüße ich Sie herzlich zum ersten Vortrag in unserer neuen Reihe „Europa bauen, den Wandel gestalten“. Besonders begrüße ich Herrn Undersecretary General Professor Klaus Töpfer, der heute zu uns über „Globalisierung und Konsequenzen für die deutsche Politik in internationalen Organisationen“ sprechen wird.

Mit der neuen Reihe „Europa bauen, den Wandel gestalten“ knüpft die Robert Bosch Stiftung an den im vergangenen Jahr mit dem Vortrag von Professor Karl Kaiser abgeschlossenen Zyklus „Umbrüche und Aufbrüche in Europa“ an. Diese Reihe stand im Zeichen der Wiedervereinigung unseres Landes und der Nachwirkungen der gleichzeitigen demokratischen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa. Freilich, wir wissen, daß nach der Aufhebung der Machtkonstellationen des Kalten Krieges die Umbrüche und Aufbrüche in Europa noch nicht zu einem glücklichen Ende gekommen sind, auch wenn solche Hoffnungen am Anfang der Neunziger Jahre gelegentlich aufkeimten.

Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts steht Europa vor vielfältigen neuen Herausforderungen; fast monatlich erscheinen jetzt Vorschläge für eine zukunftsfähige Verfassung der Europäischen Union. Hinter der Frage des rechtlichen Rahmens steht die nach der Zukunft der Nationalstaaten im zusammenwachsenden Europa. Wollen wir - um es auf eine kurze Formel zu bringen - in einer Staatenunion leben oder in einer Bürgerunion? Mit der Erweiterung der Europäischen Union um unsere Nachbarn

in Mittel- und Osteuropa öffnet sich ein historisch vielleicht einmaliges Fenster der Möglichkeiten auch für unser Land. Aber wird das „alte“, westliche Europa die Kraft haben, diesen Weg der Erweiterung zu gehen, einen Weg, der auch nicht umsonst zu haben sein wird? Für Europas weitere Entwicklung bleibt die transatlantische Gemeinschaft und Partnerschaft die friedenssichernde und friedenserhaltende Grundlage, aber die westliche Hemisphäre kreist nicht um sich selbst. Zur Bestimmung des europäischen Standortes müssen wir auch einen neugierigen Dialog mit den Staaten und den Wertordnungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas pflegen und intensivieren.

Europa bauen, den Wandel gestalten heißt, die Beziehungen zu unseren Partnern und Freunden in Europa und in der Welt in den Blick zu nehmen. Dabei sollen wie bisher Politiker, Historiker und Analytiker zu Wort kommen. Europa bauen, den Wandel gestalten heißt auch, Fragen zu stellen, die über die Beziehungen unseres Landes mit unseren Partnern und über die Debatte um die zukünftige Gestaltung und Identität Europas hinausweisen. Dabei geht es etwa um den Zusammenhang von Religion und Gesellschaft, das Auftauchen neuer Fundamentalismen, um beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaften, schließlich um die heute weltumspannende Kommunikation und die Frage nach der Zukunft persönlicher Bildung und Entfaltung, mithin um Querschnittsthemen der Zukunftsfähigkeit unserer gesellschaftlichen Ordnung.

Es ist mir eine große Freude, Ihnen heute für den ersten Stiftungsvortrag in dieser neuen Reihe Herrn Undersecretary General Professor Töpfer vorstellen zu können. Sie stehen, verehrter Herr Professor Töpfer, seit Februar 1998 als Exekutivdirektor an der Spitze des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Wie wohl nur sehr wenige Persönlich-

keiten in einer Position mit wahrlich globaler Verantwortung können Sie auf einen beruflichen und politischen Weg zurückblicken, der Sie in ungewöhnlich reichem Maße auf diese Aufgabe vorbereitet hat. Sie haben gewirkt als Staatssekretär und als Minister für Umwelt und Gesundheit in Mainz, sodann als Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, als Abgeordneter des Deutschen Bundestages, schließlich als Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und auch als „Umzugsbeauftragter“ der Bundesregierung, eine Herkulesaufgabe, deren erfolgreiche Bewältigung Ihnen zu Recht das Prädikat „Hauptstadtmacher“ mit einer makellosen Erfolgsbilanz eingebracht hat. In allen Ihren politischen Ämtern haben Sie stets eine Politik des Augenmaßes und des Dialogs verkörpert, aber Sie stehen auch zugleich für Initiative, Innovation und Entscheidungsfreude, übrigens auch für politischen Stil. Und Sie stehen heute vor einer der wohl anspruchsvollsten und schwierigsten Aufgaben, die auf der Weltbühne der Vereinten Nationen zu vergeben sind: der Wahrnehmung internationaler Verantwortung in der Zukunftssicherung unserer Lebensgrundlagen. Sie bewegen sich dabei in einem Spannungsfeld höchst unterschiedlicher Interessen und komplizierter Güterabwägungen.

Wir sind Ihnen besonders dankbar, daß Sie heute trotz Ihrer zeitlichen Beanspruchung durch den Bonner Umweltgipfel zu uns gekommen sind, um über den Zusammenhang von Globalisierung und deutscher Politik in internationalen Organisationen zu sprechen. Wir sind gespannt auf Ihren Vortrag.



Klaus Töpfer

## **Globalisierung - Konsequenzen für die deutsche Politik in internationalen Organisationen**

**Klaus Töpfer**

Zunächst möchte ich mich bei Ihnen sehr herzlich dafür bedanken, daß Sie mir die Ehre erweisen, diesen Vortrag halten zu dürfen. Ich darf Ihnen herzlich dafür danken, weil ich nur zu genau weiß, welche herausragende Position diese Stiftung in Deutschland und weltweit hat, welche Anregungen von ihren Vorträgen und von ihrer Arbeit insgesamt ausgehen und wie wichtig dies ist in einer Welt, in der wir immer mehr auf das Engagement der Civil Society, der Zivilgesellschaft, angewiesen sind. Gratulation zu dem, was Sie bisher auf diesem Gebiet geleistet haben.

Sie haben mir ein Thema gestellt, das mein gegenwärtiges Tätigkeitsfeld unmittelbar einbindet. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, daß ich jetzt vier Jahre schon als Undersecretary General of the United Nations tätig bin, dort vornehmlich verantwortlich für die Umweltpolitik. Die Vereinten Nationen waren die Antwort der Völkergemeinschaft auf das zweite globale Ereignis des letzten Jahrhunderts, den Zweiten Weltkrieg. Die Frage der Völkergemeinschaft lautete damals: Was kann getan werden, um eine solche Entwicklung in Zukunft zu vermeiden? Gut 50 Jahre sind vergangen. Was hat sich geändert gegenüber dem, was vor 50 Jahren die Strukturen dieser Völkergemeinschaft bestimmt hat? Die Vereinten Nationen sind auf drei Säulen aufgebaut worden: Auf eine Säule, die heute noch besonders bekannt ist, auf den Weltsicherheitsrat, the Security Council. Die zweite Säule war ein Rat für Wirtschaft und Soziales, the Economic and Social Council, und die dritte Säule, der Treuhänderat, the Trusteeship Council. Dieses Trusteeship

Council hatte die Aufgabe, Treuhanderschaft auszuüben für die Gebiete, die noch vom Kolonialismus gezeichnet und bestimmt wurden. Mit der Selbständigkeit des kleinen Staates Palao hat glücklicherweise diese globale Herausforderung ihr endgültiges Ende gefunden.

Gibt es neue Gründe für Treuhanderschaft? Viele sind der Meinung: ja. Es hat eine neue Entwicklung eingesetzt, in der neue Treuhanderschaft auf globaler Ebene ausgewiesen werden muß. Eine globale Allmende, in der alle partizipieren müssen und in der Stabilität die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben ist. Solche globalen Allmende gibt es an sehr vielen Stellen. Es gibt sie im Weltraum und bei der Nutzung der Atmosphäre durch klimaschädliche Emissionen. Wir sehen solche globalen Allmenden auch an vielen anderen Stellen, etwa zunehmend in der Frage: Wie werden wir mit den genetischen und biologischen Ressourcen weltweit umgehen? Wir haben uns gute Regelungssysteme geschaffen dafür, daß es so etwas wie Intellectual Property Rights gibt, intellektuelle Eigentumsrechte. Wie gehen wir um mit den Eigentumsrechten, die uns aus traditionellem Wissen zugewachsen sind und die, wie wir heute wissen, an vielen Stellen so viel Weisheit enthalten, wie wir sie im modernen wissenschaftlichen Bereich gar nicht nachliefern können? Kann es richtig sein, daß wir auf Dauer die Bereitstellung ökologischer und biologischer Vielfalt zum Nulltarif gerade von den Ländern erwarten, die am wenigsten teilhaben an der Nutzung dieser Ressourcen, die ganz im Gegenteil durch diese Nutzung hinterher eher zusätzlich belastet und finanziell gefordert werden?

## **Umwelt-Treuhanderschaften?**

Wie also, so ist zu fragen, werden wir diese neuen Treuhanderschaften global übernehmen? Und wie werden wir sie regional übernehmen? Viele solche regionalen Allmenden sind ebenfalls vorhanden. Wenn Sie sich nur einmal vergegenwärtigen, welche Konsequenzen mit der gemeinsamen Nutzung von Flußeinzugsgebieten verbunden sind, wissend, daß immer mehr auch große Flußsysteme gar nicht mehr das Meer erreichen werden, weil sie vorher schon so intensiv genutzt wurden, daß ihre Wasserressourcen nicht mehr verfügbar sind oder in einer Qualität am Meer ankommen, die den Unterlieger massiv belastet. Wie also können wir solche Treuhanderschaften organisieren? Nicht mehr ein Trusteeship Council für die Lösung des Kolonialismus und seiner Hinterlassenschaft, sondern ein Trusteeship Council für die Bewältigung dieser umweltpolitischen Herausforderung?

Diese Fragen werden uns zu Spannungsverhältnissen zurückführen, wie wir sie in den Gründungstagen der Vereinten Nationen erlebt haben. Denn es wird immer schwieriger zu erläutern, daß entwickelte Länder ihre ökologischen Kosten zum Nulltarif exportieren und Humankapital zum Nulltarif importieren. Es wird immer schwieriger klarzumachen, daß ein Stück der Wohlstandskosten der hochentwickelten Länder exportiert wird durch die Externalisierung dieser Kosten. Ich erwähne immer wieder das Beispiel, das gegenwärtig in der Klimadiskussion debattiert wird: Der Kontinent Afrika hat einen Anteil an der Weltbevölkerung von 14 Prozent und einen Anteil an den klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen von 3,2 Prozent. Aber dieser Kontinent leidet in ganz besonderer Weise unter Klimaveränderungen. Den Menschen wird zunehmend deutlich, daß es Verlagerungsvorgänge gibt, die dem Nach-

barn einen Teil der Kosten mitüberantworten, die sich in den eigenen Preisen nicht niederschlagen. Dies sind Herausforderungen, die wir in einer Treuhandschaft voranbringen müssen. Wir versuchen es durch die Entwicklung von Konventionen und Protokollen, von rechtlich bindenden Instrumenten, die festlegen, in welcher Weise die Abwälzung von Kosten auf andere zurückgeschraubt wird und wie man auf diese Art und Weise auch eine internationale Zusammenarbeit organisieren kann.

Viele Entwicklungsländer haben schon immer die Besorgnis gehabt, daß die entwickelten Länder zunächst ihren Wachstumsprozeß durch die Externalisierung von Umweltkosten subventioniert und damit die Aufnahmefähigkeit der Welt für diese Emissionen mehr oder weniger ausgeschöpft haben. Sie haben also die Besorgnis, daß die industrialisierten Länder die umweltpolitische Globalisierung mißbrauchen, um den Entwicklungsprozeß, der in den Entwicklungsländern so dringend notwendig ist, zu blockieren. Das ist eine Situation, die uns in den Vereinten Nationen und mir persönlich in meinem Aufgabengebiet außerordentlich viele Probleme macht.

### **Interdependenz von Umwelt und Entwicklung**

UNEP, das United Nations Environment Program, ist das Ergebnis der ersten globalen Konferenz 1972 in Stockholm unter der Überschrift „The United Nations Conference on the Human Environment“. Es war eine Konferenz über Umwelt. Die Vertreter der Entwicklungsländer, damals etwa Indira Gandhi, haben sehr deutlich gesagt, es wäre ja prima, daß die entwickelten Länder ihnen sagten, welche Fehler sie nicht machen sollten, aber sie möchte doch bitte die entwickelten Länder daran erinnern, daß es exakt die

Fehler gewesen seien, die sie reich gemacht hätten. Das heißt, die Frage, wieweit eine Interdependenz zwischen Umwelt und Entwicklung besteht, ist eine der zentralen Aufgabenbereiche der folgenden Jahrzehnte geworden. Und deswegen hieß die Konferenz 20 Jahre später in Rio nicht „Second United Nations Conference on the Human Environment“, sondern „The United Nations Conference on Environment and Development“. Dies war die Antwort auf die Besorgnis der Entwicklungsländer, daß Umweltpolitik nicht zu einer Blockade von Entwicklungsprozessen mißbraucht werde. Die Herausforderung sollte vielmehr darin bestehen, einen Entwicklungsprozeß möglich zu machen, der die Umwelt in Betracht zieht, sie als Investitionsgut betrachtet und „Win-Win“-Situationen für Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung kreiert.

Gegenwärtig bestreitet eine Milliarde Menschen etwa 54 Prozent der Weltenergienachfrage; die restlichen fünf Milliarden nur etwa 46 Prozent. Die Zuwachsrate an Energieverbrauch, wenn Sie nur die Elektrizität nehmen, ist aber in den Entwicklungsländern deutlich höher, das heißt bis zum Jahre 2010 wird dieses Verhältnis sich umdrehen, und es wird mehr Energienachfrage in den Entwicklungsländern geben als in den entwickelten Ländern. Der Zuwachs im Stromverbrauch in den Entwicklungsländern wird auf 4,6 Prozent pro Jahr geschätzt, in den entwickelten Ländern auf etwa 1,6 Prozent pro Jahr. Wenn wir also keine Lösung finden können, wie dieser Zuwachs an Energienachfrage befriedigt werden kann, ohne daß dadurch ein entsprechender Anstieg etwa der Kohlendioxidemissionen vonstatten geht, werden wir ganz offenbar erhebliche Probleme mit dem Klimawandel bekommen. Umweltpolitik ist also keine marginale Größe, der man sich zuwendet, wenn es sonst keine anderen Schwierigkeiten gibt. Umweltpolitik ist eine zentrale Notwendigkeit,

um zukünftiges Wachstum zur Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern so zu ermöglichen, daß dies nicht zu einer Dauerbelastung der Umwelt wird. Der Wachstumsprozeß in den Entwicklungsländern muss weniger kohlenstoffintensiv erfolgen können, weil sonst schwerwiegende Konsequenzen eintreten.

### **Friedenspolitik der Zukunft**

Es gibt weitere dringende Fragen, denen wir uns zuwenden müssen: Welche Auswirkungen haben große Dämme und Wasserkraft? Welche Auswirkungen und welche Möglichkeiten wachsen erneuerbaren Energien zu? Ich hatte die Möglichkeit, in Rom den Bericht der G8, also der großen Industrieländer, die in wenigen Tagen in Genua ihren Gipfel haben, mit vorzustellen. Eine Arbeitsgruppe der G8 hat die Möglichkeiten der erneuerbaren Energien erforscht und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß man mit marginalen Zusatzkosten etwa eine Milliarde Menschen weltweit mit erneuerbaren Energien versorgen kann. Treuhand zu übernehmen, Allmende zu ermöglichen, ist ganz ohne jeden Zweifel wichtig, weil wir sonst neue Spannungsherde aus der Übernutzung und der ungerechten Nutzung von Allmenden erzeugen werden.

Dies ist auf regionaler Ebene noch verstärkt der Fall, wie etwa im Gebiet der Flüsse Euphrat und Tigris. UNEP hat vor wenigen Tagen Satellitenaufnahmen seit 1970 aus dieser Region, die uns die NASA zur Verfügung gestellt hat, mit veröffentlichen können. Und wenn man sieht, wie sich in dieser kurzen Zeit das Marschland in Mesopotamien am Tschad-el-Arab verändert hat, kann man das Potential für Konflikte erahnen. Dieses eigentlich einmalige Marschgebiet mit einmaliger Bevölkerungsstruktur ist

bis auf ein kleines Stück Marschland direkt an der iranisch-irakischen Grenze fast verschwunden. Ähnliche Konflikt-herde finden Sie auf dem indischen Subkontinent, am Nil, am Tschad-See und an vielen anderen Stellen dieser Erde. Insgesamt gehen wir davon aus, daß es mehr als 300 von mehreren Staaten gemeinsam genutzte Wassereinzugsgebiete gibt. Die Vereinten Nationen sind hier mitaufgefordert, friedensbildende Maßnahmen zu einem möglichst sinnvollen gemeinsamen Nutzen dieser Wasserressourcen einzuleiten.

Neue Funktionsbestimmungen und Globalisierung sind für den Umweltpolitiker also überhaupt nichts Neues. Im Jahre 1972, wie gesagt, fand die „United Nations Conference on the Human Environment“ statt, und im kommenden Jahr, 2002, werden wir bereits 30 Jahre danach und zehn Jahre nach Rio in Johannesburg den „World Summit on Sustainable Development“ begehen. Denn die Begriffspaare von Environment and Development, Umwelt und Entwicklung, sind auf der Grundlage des sogenannten Brundland-Berichts zusammengeschlossen worden zu dem Begriffspaar „Nachhaltige Entwicklung“, in das noch die soziale Komponente, ein Gerechtigkeitsanspruch miteingebunden ist.

Ich möchte eine weitere Entwicklung nennen. Wir kommen gegenwärtig in diesem Globalisierungsprozeß zu einer, wie ich finde, ganz faszinierenden Entwicklung, die ich mit dem Begriff einer Oligopolisierung in der Welt charakterisieren möchte. Es entstehen Staatengruppen, Oligopole, ganz eindeutig zu sehen in Europa mit der Europäischen Union, die sich abstimmen, gemeinsam einen Markt entwickeln und sich bemühen, eine gegengewichtige Marktmacht in diesem Globalisierungsprozeß zu entwickeln. Diesen Oligopol-Ansatz gibt es nicht nur in Europa, wir haben ihn ganz deutlich auch in Nord- und

Südamerika mit der North American Free Trade Association (NAFTA), der die USA, Kanada und Mexiko beigetreten sind und die sich in einem deutlichen Erweiterungsprozeß befindet. Auch in Asien gibt es mit den ASIAN-Staaten plus 3 eine solche Entwicklung, einen Zusammenschluß der kleineren asiatischen Staaten mit der Ergänzung um die großen drei in dieser Region. Und letzte Woche sind auch die Afrikaner in Lusaka zusammengekommen. Sie haben die seit 30 Jahren bestehende Organization of African Unity, die Organisation Afrikanischer Einheit, aufgelöst und den Startschuß gegeben zu einer Afrikanischen Union, bei der Europa ganz eindeutig das Vorbild ist. Viele sind äußerst skeptisch, ob dieser Ansatz sehr erfolgversprechend ist, wenn man gleich mit 53 Staaten (so viele gibt es in Afrika) eine Einheit mit Parlament und Zentralbank anstrebt. Auf diesem Kontinent ist der Weg sehr weit, aber das Verständnis, warum er begangen wird, wohl ganz eindeutig.

Für die Vereinten Nationen hat das natürlich Konsequenzen. Wir müssen uns ja fragen: Welche Rolle spielen die Vereinten Nationen in einer sich oligopolisierenden Welt? Es gibt schon jetzt die Tendenz, daß eher zwischen Oligopolen als zwischen einzelnen Staaten Abstimmungen vorgenommen werden. Wir haben großes Glück, daß die Vereinten Nationen mit Kofi Annan einen Generalsekretär haben, der eine hervorragende Außen- und Innenwirkung entwickelt und deutlich macht, wie unendlich bedeutsam eine globale Abstimmung in dem gesamten Bereich der Sicherheits-, der Friedens- und Entwicklungspolitik ist.

## „We, the People“

Hinzu kommt eine dritte Entwicklung, die davon nicht ganz losgelöst ist. Seit der Gründung der Vereinten Nationen vor 50 Jahren gibt es eine deutliche Stärkung der Civil Society, der Zivilgesellschaft. Es war sicherlich kein Zufall, daß Generalsekretär Kofi Annan seinen Bericht zu der Millenniums-Generalversammlung mit dem Titel versehen hat: „We, the people“ - „Wir, die Menschen“. Er hat nicht gesagt: „Wir, die Staaten“, sondern er hat gesagt: „Wir, die Menschen“.

Es wird immer deutlicher, daß in einer Zeit der Liberalisierung und Deregulierung Zuwächse an Verantwortung und Einfluß sich etwa bei der privaten Wirtschaft wiederfinden, und dies hat große Auswirkungen auf die gesamte Entwicklungspolitik. Auf dem Weltgipfel 1992 in Rio de Janeiro wurde beschlossen, daß die entwickelten Nationen, also auch wir, die offizielle Entwicklungshilfe auf einen Anteil von 0,7 Prozent am Bruttosozialprodukt steigern sollten. Damals lag der Anteil bei knapp 0,4 Prozent. Neun Jahre später ist die Entwicklungshilfe nicht von 0,4 auf 0,7 angestiegen, sondern von 0,4 auf 0,24 zurückgefallen! Sicherlich, weil nach 1992 die geopolitische Nutzung des Spannungsfeldes zwischen Ost und West als Begründung für diese Entwicklungszusammenarbeit weggefallen ist. Es war eine der – wenn Sie so wollen – motivierenden Größen, jemanden in sein Lager zu bekommen und dafür Entwicklungszusammenarbeit anzubieten. Auf der anderen Seite sind die Direktinvestitionen der Privatwirtschaft massiv angestiegen. Sie liegen gegenwärtig bei weit über 250 Milliarden Dollar pro Jahr; die öffentliche Entwicklungshilfe liegt bei etwa 50 Milliarden. Aber: Die Direktinvestitionen der Privatwirtschaft konzentrieren sich vornehmlich auf zehn bis zwölf Länder in der Welt. Der

Anteil Afrikas an Direktinvestitionen der Privatwirtschaft wurde nicht erhöht, sondern ist zurückgegangen. Und das gleiche gilt auch für den etwa um das Fünfzehnfache angestiegenen Welthandel. Der Löwenanteil ist auf vermehrten Handel zwischen den entwickelten Ländern und den eben schon angeführten zehn bis zwölf Staaten zurückzuführen.

Natürlich sind auch endogene Faktoren für geleistete oder ausbleibende Investitionen maßgeblich. Natürlich hat das etwas zu tun mit der Frage der Governance, der Regierungsqualität. Wieviel Geld läuft in artfremde Kanäle und nicht in die Entwicklung des jeweiligen Landes? Wo ist Korruption im Spiel? Aber auch auf diesem Gebiet muß man immer wieder auf beiden Seiten nachfragen, wer so etwas nutzt. Und ich glaube, wir sollten uns sehr klar machen, daß wir eine bessere Governance nur dann bekommen können, wenn wir auch in diese investieren. Wir müssen die Eliten ausbilden, ihnen die Chance geben, eine bessere Governance-Qualität möglich zu machen.

Aber es geht nicht nur um die private Wirtschaft, es geht auch um die sogenannten Nichtregierungsorganisationen. Dieser Teil der Gesellschaft hat ebenfalls massiv an Bedeutung zugenommen. Es gibt immer mehr globale Organisationen im Umweltbereich wie Greenpeace, Friends of the Earth und WWF (World Wildlife Fund for Nature). Alle sind bereits global organisiert und arbeiten eng zusammen. Noch viel wirksamer sind allerdings die kleinen, internetgestützten Netzwerke von Grassroots-Bewegungen, die sich intensiv austauschen und sehr effektiv daran arbeiten, gute und schlechte Erfahrungen weiterzugeben. Wir müssen sie sehr viel stärker einbinden, we, the people, wir, die Menschen; sie zusammenzubringen muß eine Aufgabe der Vereinten Nationen sein. Und wir müssen mit diesen Menschen frühzeitig reden. Wir sehen mit Entsetzen, welche Reaktionen globale Konferenzen

gegenwärtig auslösen. Wir sehen mit Entsetzen, daß für Argumente, über die zu streiten es ja lohnt, mit Gewalt gefochten wird und so die Ernsthaftigkeit des damit verbundenen Anliegens in Frage gestellt wird. Ich hoffe sehr, daß wir an diesen Diskussionen frühzeitiger teilhaben, damit diese Auseinandersetzungen wieder in einem Klima gegenseitiger Achtung geführt werden können. Wir diskreditieren die Anliegen, die damit verbunden sind, wenn wir sie mit Gewalt durchzusetzen versuchen.

Wo steht die von mir geführte Organisation in diesem Netz? Aus finanzieller Sicht ist sie außerordentlich schwach. Das reguläre Budget der Vereinten Nationen, so zitiert Kofi Annan immer, ist etwas niedriger als das jährliche Budget der Berufsfeuerwehr von New York. Dies ist der Hintergrund, vor dem wir unsere Aufgaben hoffentlich vernünftig in Angriff nehmen. Für die von mir geführte Organisation ist auch der Standort in doppelter Weise eine Herausforderung. Es gibt Hauptquartiere der Vereinten Nationen in New York, in Genf, in Wien, und wir haben ein Hauptquartierchen in Nairobi, und dafür bin ich verantwortlich.

### **„Ab nach Nairobi“**

Als ich vor knapp vier Jahren von der Generalversammlung auf diesen Posten gewählt wurde, titelten die deutschen Zeitungen „Ab nach Nairobi“. Viele meiner Freunde waren der Meinung, es sei durchaus sinnvoll und richtig, daß auch ein Deutscher Verantwortung etwa für die globale Umweltpolitik übernehme, aber in Nairobi? Ich gebe zu, es sind erhebliche Probleme mit diesem Standort verbunden. Und es sind nicht nur die vielen Flugstunden, die wir zurücklegen müssen, um an interna-

tionalen Konferenzen teilzunehmen, sondern es ist vor allen Dingen ein Gefühl gewisser Isolation, das es uns schwer macht. Man ist nicht eingebunden in den Gedankenaustausch, der in der Welt vor sich geht.

Zusätzlich haben wir die Schwierigkeiten, daß Nairobi eine Stadt in einem Entwicklungsland ist: 3,5 Millionen Einwohner, 60 Prozent davon in Armut in den Slums von Nairobi lebend, deren Ausmaß man sich bei uns gar nicht vorstellen kann und die an vielen Stellen Sicherheitsprobleme mit sich bringt. Ich habe hohen Respekt vor den vielen Menschen, die in sozialer Not ohne jede Gewalt und ohne jede wie auch immer geartete Auseinandersetzung leben; in besonderer Weise hege ich höchste Bewunderung für die Frauen in Afrika. Wenn sie sehen, wie die Frauen das kaum vorhandene Geld zusammenhalten, dann wissen sie auch, daß alle Entwicklungsprojekte nur erfolgreich sein können, wenn sie Frauen einbinden. Die Männer tragen das Geld lieber in die nächste Gaststätte, statt es in Entwicklung anzulegen.

Und dennoch komme ich nach vier Jahren Amtszeit zu dem Ergebnis, daß Nairobi eigentlich einer der besten Standorte ist, die man dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen geben konnte. Wenn es richtig ist, daß Umweltpolitik sich bewähren muß in der Gestaltung von Entwicklung, ohne die Umwelt zu belasten oder sie zu schädigen, dann sind wir dort genau am richtigen Platz. Dort muß man beweisen, daß nachhaltige Entwicklung möglich ist. Wir müssen sehr deutlich machen, daß es nicht nach der Methode gehen kann: Let's be rich first and clean up later; erst wirtschaftliches Wachstum und dann Umweltvorsorge, wie es die hochindustrialisierten Länder gemacht haben. Wir müssen die Korrelation von Umweltbelastung und wirtschaftlicher Entwicklung aufbrechen, und deswegen ist sicherlich diese Standortentscheidung eine vernünftige.

Wir sind gegenwärtig intensiv dabei, auch die Zusammenarbeit entsprechend der einzelnen Konventionen und Protokolle wieder zu einer Einheit zu bringen. Ich möchte dazu beitragen, daß wir Umweltpolitik aus einem Guß machen und nicht an einer Stelle Klima, an der anderen Artenvielfalt, an der nächsten Verbot des Exports gefährlicher Abfallstoffe oder die Ozongefährdung und den Kampf gegen gefährliche Chemikalien. Vor wenigen Tagen wurde eine neue Konvention über die sogenannten Persistent Organic Pollutants verabschiedet, also über die persistenten organischen Verunreinigungen wie PCB, Dioxine, Furane, die wiederum ein Beispiel für diese globale Interdependenz sind. Kofi Annan hat diese Stoffe einmal die Travellers without Passport genannt, die Reisenden ohne Paß. Sie gehen um die Welt und schlagen sich in besonderer Weise dort nieder, wo sie nie produziert und nie genutzt worden sind. Die höchsten Konzentrationen in Menschen finden wir etwa in der Muttermilch bei den Inuit-Indianern der Arktik, die diese Stoffe nie verwendet haben. Wir sehen es an der Verminderung auch der Reproduktionskapazität in der Natur, etwa bei den Eisbären.

Alles dies sind Belege für Interdependenzen und die Notwendigkeit, Synergismen zu nutzen, um dazu beizutragen, daß auch unsere finanziellen und menschlichen Kapazitäten bestmöglich genutzt werden. Daher gibt es auch die Diskussion, ob es eine Weltumweltorganisation als Parallele zur Welthandelsorganisation geben soll. Ich bin der Meinung, wir sollten uns nicht auf eine Weltumweltorganisation hin entwickeln, sondern auf eine Weltorganisation für nachhaltige Entwicklung. Das ist es, was auch im Bereich der Entwicklungsländer eine Akzeptanz finden wird.

## Deutschland im Abseits globaler Politik?

Sie haben mich auch gebeten, Stellung dazu zu nehmen, wie denn Deutschland in all dem vertreten ist? Im allgemeinen werden Zahlen über die Anzahl der Mitarbeiter und die Höhe der Beiträge, die ein Land zahlt, zur Bewertung herangezogen. Deutschland ist hinter den Vereinigten Staaten und Japan der drittstärkste Beitragszahler in die Vereinten Nationen. Es gibt insgesamt etwa 720 Beschäftigte aus Deutschland in den Vereinten Nationen. Das sind etwa vier Prozent der Beschäftigten. Wenn man das aber mit den Beschäftigten in den Vereinten Nationen beispielsweise aus den USA (1940), Frankreich (1248), Großbritannien (1017) oder Italien (655) vergleicht, wird der Unterschied deutlich. Wir sind also eines der Länder, das in den Vereinten Nationen ganz deutlich unterrepräsentiert ist. Wir sind es noch stärker, wenn Sie auf der Hierarchieskala weiter nach oben gehen. Als ich zum ersten Mal an der Tagung aller 27 Chefs der Organisationen und Programme der Vereinten Nationen teilnahm, stellte ich fest, daß ich in dieser Gruppe der einzige Deutsche war. Und als ich mich erkundigte, wann denn der letzte Deutsche da war, antwortete man mir: „Hier war noch nie ein Deutscher.“ In der Zentrale in New York gab es einen Deutschen, den Botschafter Paschke, der dort für den Rechnungshof zuständig war. Wenigstens ist es uns nun gelungen, in unseren benachbarten Organisationen, den sogenannten Bretton Woods-Institutionen, vornehmlich die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, mit dem Kollegen Horst Köhler einen weiteren Deutschen für die internationale Politik gewonnen zu haben.

Wir sollten nicht immer nur darüber sprechen, wie bedeutsam und wichtig Globalisierung ist, sondern auch dazu beitragen, daß junge hochqualifizierte Menschen sich

in diese Aufgabe hineinbegeben! Es ist sicherlich zu fragen: Woran liegt es denn, daß so wenig Deutsche bei den Vereinten Nationen vertreten sind? Das ist die Bundesregierung auch gefragt worden, und sie hat dazu folgende Antworten gegeben: „Die deutschen Kandidaten befinden sich in jedem Auswahlverfahren in einem internationalen Wettbewerb, in dem grundsätzlich die Qualifikation dem Kriterium der ausgewogenen geographischen Verteilung vorgehen soll.“ Und sie fügt hinzu: „Gleichzeitig entsprechen die Konditionen der Stellen bei den Vereinten Nationen oft nicht den Erwartungen hochqualifizierter Deutscher. Dies gilt sowohl in bezug auf die Vertragslaufzeit, die mangelnde soziale Absicherung im Falle der Nichtverlängerung sowie die Gehälter unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten an ausländischen Dienstorten.“ Man fragt sich natürlich, warum gilt das für Deutsche und nicht für französische, britische oder amerikanische Anwärter?

Ich glaube, viele zusätzliche Argumente müßten hier angeführt werden. Eine zentrale Besorgnis vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Deutschland ist, daß diese Tätigkeit nicht anerkannt oder als Investition in ihre weitere Karriere gesehen wird. Das ist in der Tat anders bei unseren Nachbarn. Es ist eine grundsätzliche Tatsache, daß wir keine Kultur haben, mit Mitarbeitern nach ihrer Rückkehr aus dem Ausland umzugehen. Vor wenigen Tagen bekam ich eine Einladung zu einer Tagung, die in Kürze im Auswärtigen Amt in Berlin stattfinden wird. Die Tagung steht unter der schönen Überschrift „Deutsche Vereinte-Nationen-Politik bald ohne Deutsche in den Vereinten Nationen“. Veranstalter ist der Verband deutscher Bediensteter bei internationalen Organisationen. Sie monieren: „Wenig Interesse besteht auch für die besondere Situation dieser Bediensteten, deren rechtlicher Status dem eines Auswanderers gleicht.“

Hier also ist anzusetzen, sicherlich auch in einer besseren Ausstattung des zuständigen Ressorts im Auswärtigen Amt. Wir befinden uns in einer Gesellschaft, in der diese Tätigkeit zumindest eher unter dem Gesichtspunkt „ab nach Nairobi“ statt unter dem Gesichtspunkt „endlich auch mal an dieser Stelle eine weitere Entwicklung“ abgehakt wird. Wir müssen uns diesen Herausforderungen stellen, wir müssen den Wettbewerb aufnehmen, wir müssen ihn dort nutzen, wo wir auch Strukturen weiterentwickeln, die dann wieder zurückwirken auf unsere globalen Interessen, die ja ganz legitim sind. Und wir müssen strategisch ansetzen. Als ich nach Nairobi kam, brauchte ich einen persönlichen Referenten, den ich zunächst aus Deutschland mitgenommen und den mir die Bundesregierung bezahlt hat bis zu dem Moment, da die deutschen Medien das mitbekommen haben. Also haben wir ihn wieder zurückgeschickt, und seitdem stellt das britische Außenministerium diesen Referenten. Damit haben die Briten eine unbezahlbare Investition in globale Umweltpolitik geleistet.

### **Immer mehr „Grünhelme“**

Wir brauchen die Vereinten Nationen, wie ich meine, mehr denn je. Wir brauchen sie für eine Sicherheitspolitik in einem neuen Jahrtausend, in dem die Ursachen für Spannungen sich ändern. Wir werden immer öfter nicht nur Blauhelme brauchen, um Menschen, die in Fehde geraten sind, voneinander zu trennen und zu befrieden. Wir werden immer mehr Grünhelme brauchen, die vorsorgend eingesetzt werden und Spannungszustände vermeiden helfen. Damit meine ich weniger behelme Soldaten, sondern ein Frühwarnsystem, das uns zeitig alarmiert: Wo entstehen Spannungen aus der Nutzung einer weiter wach-

senden Weltbevölkerung bei begrenzten Ressourcen? Wo können Spannungen entstehen aus dem faszinierenden Fortschritt der Technik? Wie können wir diese nutzen, um auch Probleme zu bewältigen? Wir brauchen einen optimistischen Zugang zur Technik. Der Hinweis darauf, daß wir mit Grenzen des Wachstums konfrontiert werden, ist nicht eine Lösung der Probleme, aber es sollte ein Wachstum der Grenzen erreicht werden, das im Einklang steht mit den Begrenzungen der Natur und der Umwelt. Es ist keine resignative Position, ganz im Gegenteil. Warum können wir nicht weitere Energietechnologien entwickeln, die mehr und mehr von den fossilen Energieträgern Abschied nehmen? Scheich Amani, der langjährige Ölminister in Saudi-Arabien, hat einmal den schönen Satz gesagt: „Das Steinzeitalter ist zu Ende gegangen nicht wegen eines Mangels an Steinen, und das Erdölzeitalter wird zu Ende gehen nicht wegen eines Mangels an Erdöl.“

Dies sind die Herausforderungen für junge Menschen. Dies sind die Herausforderungen auch in einer Welt des Wandels hier in Europa. Die Erfahrungen, die wir über Spannungen in der Auseinandersetzung um Ressourcen gesammelt haben, können wir nutzen, um wirklich Signale zu setzen, daß eine Globalisierung nicht auf Kosten der wenig Begüterten geht, der Vernachlässigten und Benachteiligten, sondern daß es gerade für diese eine großartige Chance gibt, daran engagiert mitzuarbeiten.

## Klaus Töpfer

<i>1938</i>	geboren in Waldenburg (Schlesien)
<i>1959-60</i>	Wehrdienst
<i>1960-68</i>	Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Mainz, Frankfurt/M. und Münster
<i>1968</i>	Promotion zum Dr. rer. pol.
<i>1970 -71</i>	Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung des Zentralinstitutes für Raumplanung, Münster
<i>1971-78</i>	Leiter der Abteilung Planung und Information in der Staatskanzlei des Saarlandes, Saarbrücken
<i>1978-79</i>	Lehrtätigkeit als Direktor des Institutes für Raumforschung und Landesplanung an der Universität Hannover
<i>1978-85</i>	Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Ministerium für Soziales
<i>1983-87</i>	Stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Umwelt
<i>1985-87</i>	Minister für Umwelt und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz
<i>1987-94</i>	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
<i>1990-98</i>	Mitglied des Deutschen Bundestages
<i>1994-98</i>	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
<i>Seit 1998</i>	Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), Nairobi

## Auszeichnungen

- Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
- Ehrenpreis der Associazione ambiente e Lavoro, Mailand
- Umweltpreis „Goldene Blume von Rheydt“
- Umweltpreis der Stiftung Europäisches Naturerbe

## **Die Robert Bosch Stiftung**

Die Robert Bosch Stiftung verkörpert innerhalb der Verfassung des Hauses Bosch die gemeinnützigen und sozialen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861-1942). Sie ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland und wurde 1964 gegründet.

Rund 92 Prozent des 1,2 Milliarden Euro betragenden Stammkapitals der Robert Bosch GmbH gehören der Robert Bosch Stiftung GmbH, deren Zwecke ausschließlich gemeinnützig sind. Die Dividende der Robert Bosch GmbH fließt der Robert Bosch Stiftung GmbH anteilig zu.

In fünf Programmbereichen und in den stiftungseigenen Einrichtungen in Stuttgart (Robert-Bosch-Krankenhaus, Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für Klinische Pharmakologie, Institut für Geschichte der Medizin) verfolgt die Stiftung Zwecke der öffentlichen Gesundheitspflege, der Völkerverständigung, der Wohlfahrtspflege, der Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur und der Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften.

## **ROBERT BOSCH STIFTUNG**

Robert Bosch Stiftung GmbH  
Heidehofstraße 31  
70184 Stuttgart

E-Mail: [info@bosch-stiftung.de](mailto:info@bosch-stiftung.de)  
[www.bosch-stiftung.de](http://www.bosch-stiftung.de)

Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung

Foto: Susanne Kern

Oktober 2001

Die Deutsche Bibliothek - CIP Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek  
erhältlich

© 2001 Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-922934-70-6